

Digitale Grundversorgung

Es ist eine Nebenwirkung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, eine die Nachdenklichkeit bewirkt: Die Rolle des Staates wird derzeit neu definiert.

Unlängst wurde in einer öffentlichen Expertenanhörung die falsche Annahme suggeriert, dass der Staat ein Monopol bei der Erfassung und Bereitstellung von geotopographischen Daten ausübt. Die darauf begründete Frage, ob die flächendeckende Herausgabe von kleinmaßstäbigen Karten heute noch eine öffentliche Aufgabe darstellt, ist dann mehr als bedenklich.

Es ist darüber zu befinden, welche Anforderungen an die öffentliche Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft gestellt werden, in der die Geodaten sichtbar oder unsichtbar die wesentliche Kernkompetenz und den Motor bilden. Eine Forderung, auch aus der Wirtschaft, lautet: Entscheidungen über öffentliche Geo-IT-Infrastrukturen sind vor allem am Gemeinwohl auszurichten. Diese helfen, eine Spaltung in der digitalen Grundversorgung zu verhindern und die demokratische Teilhabe zu fördern.

Weitere zentrale Voraussetzungen für E-Government ist die Verfahrenstransparenz beim öffentlichen Einsatz von Geo-IT und die Vertrauenswürdigkeit von Informationsquellen. Öffentliche Verwaltungsprozesse sowie die inhaltlich verantwortlichen Betreiber müssen klar erkennbar und kontrollierbar sein.

Unabhängigkeit ist zu wahren, das heißt auch, dass die öffentliche Hand selbst über technische Kompetenz und damit über ausreichendes und gut qualifiziertes Personal verfügen muss.

Heinrich Tilly